

# Kampf mit juristischen Mitteln

## Einwendung gegen den Umbau der Rodigallee

**JENFELD/MARIENTHAL** Die Bürgerinitiative „Rettet die Rodigallee“ geht jetzt juristisch gegen die Pläne der Stadt vor. In ihrem Auftrag hat die Kanzlei Klemm & Partner eine umfangreiche Einwendung beim Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer eingereicht. Darin wird der LSBG aufgefordert, die nicht-förmliche Straßenplanung ergebnislos abzubrechen und auf eine Umgestaltung der Rodigallee zum jetzigen Zeitpunkt zu verzichten. Für eine grundlegende Umgestaltung mit politischer Zielsetzung sei ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Wie die Initiative weiter mitteilte, ist die jetzige Planung für die

Rodigallee nach Auffassung der Kanzlei materiell rechtswidrig und wird im falschen Verfahren vorangetrieben.

Die Anwälte sprechen von einem erstaunlichen Maß an Intransparenz und weiter: „Mit dem hier gewählten Verfahren wurde und wird jegliche Legitimität des Vorhabens fragwürdig. Es muss der Eindruck entstehen, der Hamburger Senat wolle seine Verkehrspolitik mit den betroffenen Bürgern weder diskutieren, noch sie an den tatsächlichen Bedarfen der Stadt ausrichten.“ Die Verkehrsbehörde dieses Vorgehen offen ein. Zudem sei der Zeitpunkt für das Projekt Rodigallee ungeeignet: „In unmittelbarer Nähe werden

fünf weitere Großbaustellen, insbesondere für die U4 und die S4, bestehen, die mit einer Umleitung über die Rodigallee oder Sperrungen einhergehen.“

Verkehrsbehörde und LSBG wollen die Hauptstraße in Marienthal und Jenfeld sanieren und die Fahrstreifen von zwei auf einen pro Richtung reduzieren. Dafür sollen Rad- und Fußwege ausgebaut werden. In einer Online-Petition haben sich laut Initiativer bereits mehr als 6.500 Unterstützende gegen den Umbau ausgesprochen. „Klimaschutz und CO2-Reduzierung sind wichtig. Die Menschen müssen aber mitgenommen werden“, so Frank Hiemer, Sprecher der Bürgerinitiative. (rg)